

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/035/2021

Sozialausschuss am 25.11.2021

Zu Punkt 5:	Achtung! Fertig! Los! (A-F-L) Ergänzungskonzept zur Verstetigung und Vernetzung der A-F-L Strukturen im Kreis Mettmann
--------------------	---

Frau Altvater übergibt das Wort an Herrn Klemmer.

Dieser erläutert die Vorlage und die Gründe, die zur angestrebten Aufhebung des Ergänzungskonzeptes geführt haben. Er betont an dieser Stelle, dass die Thematik der „sog. Unversorgten“ über den Landkreistag Nordrhein-Westfalen an das zuständige Ministerium gespiegelt wird, um eine landesweite Regelung mit allen zuständigen Leistungsträgern zu erzielen.

Der Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, das im Jahre 2019 beschlossene „Ergänzungskonzept zur Verstetigung und Vernetzung der A-F-L Strukturen im Kreis Mettmann“ aufzuheben und die Haushaltsmittel in Höhe von 42.550,00 Euro nicht weiter vorzuhalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Kreisausschuss am 29.11.2021

Zu Punkt 25:	Achtung! Fertig! Los! (A-F-L) Ergänzungskonzept zur Verstetigung und Vernetzung der A-F-L Strukturen im Kreis Mettmann
---------------------	---

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, das im Jahre 2019 beschlossene „Ergänzungskonzept zur Verstetigung und Vernetzung der A-F-L Strukturen im Kreis Mettmann“ aufzuheben und die Haushaltsmittel in Höhe von 42.550,00 Euro nicht weiter vorzuhalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Kreistag am 13.12.2021

Zu Punkt 26:	Achtung! Fertig! Los! (A-F-L) Ergänzungskonzept zur Verstetigung und Vernetzung der A-F-L Strukturen im Kreis Mettmann
---------------------	---

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, das im Jahre 2019 beschlossene „Ergänzungskonzept zur Verstetigung und Vernetzung der A-F-L Strukturen im Kreis Mettmann“ aufzuheben und die Haushaltsmittel in Höhe von 42.550,00 Euro nicht weiter vorzuhalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen